

Nachrichten des Tages

Vertuschungsaffäre belastet Jung schwer

Dokumente belegen, dass die Bundeswehr unliebsame Informationen zu Afghanistan-Bombenangriff zurückhielt

Rüdiger Scheidges Berlin Der frühere Verteidigungs- und jetzige Arbeitsminister Franz Josef Jung (CDU) lehnt es ab, die politische Verantwortung für sein umstrittenes Vorgehen nach dem Luftschlag vom 4. September im Norden Afghanistans zu übernehmen. Er habe sich sofort um eine "sachgerechte Aufklärung" bemüht, sagte Jung am Donnerstagabend in einer eigens anberaumten Bundestagsdebatte über die Vorwürfe zu seiner Informationspolitik. Oppositionspolitiker hatten seinen Rücktritt gefordert. Nun bleibt Jung im Amt.

Tatsächlich war am Donnerstag bekannt geworden, dass während der Amtszeit Jungs innerhalb der Bundeswehr nach dem Angriff auf Tanklastwagen bei Kundus falsche Angaben über die Zahl der zivilen Opfer gemacht worden waren. Bei dem Bombardement wurden der Nato zufolge bis zu 142 Menschen getötet oder verletzt, darunter 30 bis 40 Zivilisten.

Die politische Verantwortung für die mangelhafte Informationspolitik übernahmen gestern der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, und Staatssekretär Peter Wichert. Sie gaben ihre Ämter auf. Ein Ende der politischen Affäre ist mit den beiden von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gemeinsam initiierten "freiwilligen" Rücktritten aber nicht in Sicht. An diesem Freitag wird der Verteidigungsausschuss des Parlaments zu einer Sondersitzung zu dem Thema zusammenkommen. Die "Bild"-Zeitung hatte gestern Dokumente veröffentlicht, wonach die Bundeswehr der Staatsanwaltschaft wichtige Unterlagen zur Beurteilung des Bombenangriffs vorenthalten habe. Auch wurden die Berichte Jungs Nachfolger zu Guttenberg nie übergeben oder zur Kenntnis gebracht.

Noch bevor Jung öffentlich Stellung nehmen konnte, hatte Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg bestätigt, dass unter seinem Vorgänger wichtige Informationen der Militärpolizei (Feldjäger) zum Luftangriff "zurückgehalten" worden seien. Unklar blieb, ob die Informationspannen fahrlässig entstanden oder ob jemand Oberst Georg Klein, der den Angriff befahl, schützen wollte. Jung selbst wies in einer ersten Reaktion die Vorwürfe zurück, Informationen zurückgehalten zu haben. Er erklärte, dass er "von Anfang an, beispielsweise am 6. September, klar gesagt habe, dass wir zivile Opfer nicht ausschließen können".

Im Gegensatz zur früheren Darstellung Jungs über den Hergang des Angriffs belegen die Unterlagen, dass Oberst Klein vor dem Angriff die Anwesenheit von Zivilisten nicht hatte ausschließen können. So wurden Zivilisten, darunter auch Kinder, getroffen. Tagelang hatte Jung nach dem Angriff noch behauptet, es habe "seinen Erkenntnissen zufolge" keine zivilen Opfer gegeben.